

Sehr geehrte Damen und Herren,

im folgenden möchten wir Ihnen eine Resolution näherbringen. Wir hoffen dass Sie eben diese mit ihrer Unterschrift unterstützen! Zudem würden wir uns freuen wenn Sie diese Resolution als Multiplikator weiter verbreiten.

Mit freundlichen Grüßen

Mark Staskiewicz (SchülerInnensprecher, Klassensprecher der Heilerziehungsklasse II, Mitglied des Kreisjugendausschuß der ÖTV – Märkischer Kreis/ Alle Funktionen dienen nur der Information)

PS: Über jede finanzielle Unterstützung für die Verbreitung der Resolution sind wir dankbar.

DIE RESOLUTION BEFINDET SICH AUF DER NÄCHSTEN SEITE

Resolution:

Für einen angemessenen Lohn (auch) während der Ausbildung!

In Artikel 12 (1) des Grundgesetzes heißt es: *"Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätten frei zu wählen"*. [wir weisen darauf hin, dass diese Resolution nicht nur für Menschen mit deutschem Paß sondern für alle hier lebenden gelten soll] Allerdings was nützt einem das Recht die Ausbildung frei zu wählen, wenn man sie sich nicht leisten kann? Und das betrifft nicht nur Ausbildungen, bei denen die Azubis gar aus eigener Tasche draufzahlen müssen. Dies betrifft auch eine große Anzahl von (meist) schulischen Ausbildungen, bei denen die Azubis keinen Pfennig Lohn sehen, entweder für eine gewisse Zeit oder gar während der gesamten Ausbildung. Wer nicht die nötige Unterstützung durch Eltern oder dergleichen erhält, ist dazu gezwungen nebenbei zu arbeiten. Denn von irgend etwas muß man ja schließlich leben. Zudem kommen Kosten, wie die des Lehrmittelanteils (ca. 110 DM), für Klassenfahrten, Ausflüge, Stifte, Hefte etc. zustande, welche es zu begleichen gilt.

Als Beispiel möchten wir hier den sozialen – Bereich erwähnen: Immer mehr Altersheime, Wohnheime (z.B. für Menschen mit Behinderungen, Rentner, Diabetiker oder Alkoholiker), Psychiatrien und auch Krankenhäuser stellen Azubis auf 630 DM – Basis ein. So versuchen die Träger darum herum zu kommen, qualifiziertes Personal einzustellen (welches kostenintensiver wäre) bzw. versuchen so Personallücken auszugleichen. Am liebsten werden natürlich Leute eingestellt, die in den entsprechenden Einrichtungen schon mal gearbeitet haben, also schon eingearbeitet sind. Begehrt sind deshalb ehemalige Zivis, diakonische HelferInnen, Leute die dort einmal ein Berufsfundungsjahr oder ein Vorpraktikum absolviert haben. Dies sind in der Regel Azubis oder StudentInnen. Dadurch dass sie darauf angewiesen sind den Job anzunehmen um ihre Ausbildung zu finanzieren, setzten die Träger verstärkt auf 630 DM – Kräfte und stellen somit weniger ausgebildetes Personal ein! Denn auch im sozialen Bereich unterliegen die Träger einem Konkurrenzkampf. Sie müssen also Entscheidungen (auch) nach Profitinteressen fällen!

Klar ist, dass dies zu Lasten der Auszubildenden geht. Zum einen sind die Berufschancen so geringer (da ja weniger ausgebildetes Personal eingestellt wird, zugunsten von Hilfsarbeitern – Azubis). Zum anderen beginnen die Probleme schon während der Ausbildung. Job und Ausbildung müssen unter einen Hut gebracht werden. Diejenigen, welche finanziell auf einen Nebenjob angewiesen sind, haben allein schon von Seiten der Zeitressourcen weniger Möglichkeiten sich intensiv um eine gute Ausbildung zu bemühen. Wer z.B. als Nachtwache arbeiten muß und am nächsten Tag bei der schulischen Ausbildung gut aufpassen soll, der gerät schnell an seine Grenzen. So wird eine zwei – Klassen – Ausbildung geschaffen, die der finanziell Unabhängigen und die der Abhängigen. Dies können wir nicht befürworten.

Was muß also die derzeitige Hautforderung sein?

Einen angemessenen Lohn für jedeN AuszubildeneN!

Angemessen heißt, ein Lohn, der es jedem ermöglicht die Ausbildung finanziell unabhängig zu bestreiten, ohne nebenbei arbeiten zu müssen oder seinen Eltern etc. auf der Tasche zu liegen!

Und woher soll das Geld kommen? Von denen die davon profitieren. Also von den ArbeitgeberInnen! Deshalb muß diese Seite zahlen. – Im sozialen Bereich werden die Träger ja zu 90 – 95% von Staatsgeldern finanziert. D.h., dass hier der Staat auch zur Kasse gebeten werden muß, natürlich unter der Berücksichtigung, dass zunächst an die Profite der Träger gegangen wird.

Aber von alleine wird diese gerechte Forderung nicht umgesetzt werden! Dazu bedarf es der Unterstützung aller Betroffener, sowie aller die sich mit diesen Zielen solidarisieren (KollegInnen, Gewerkschaften, Berufsverbände, StudentInnen, Azubis aller Branchen, Eltern, Verwandte, LehrerInnen – Schulen, SVen, SchülerInnen, Vereine, (Jugend-)Organisationen, Parteien usw.)! Wir rufen deshalb vor allem alle genannten Organisationen/ Gremien sowie jede sonstige Einzelperson auf, diese Resolution mit einer Unterschrift zu unterstützen! Wir wollen hiermit versuchen Druck auszuüben um unsere Forderung durchzusetzen.

V.i.S.d.P./ **Kontaktanschrift:** Mark Staskiewicz, Beethovenstr. 20, 58566 Kierspe, Tel.: (02359) 7118 oder 0171-3612287, eMail: christa_st@web.de

Diese Resolution wurde am 6. November 2000 von der SchülerInnenvertretung (SV) des Gertrud-Bäumer-Berufskolleg Lüdenscheid (Raithelplatz 5, 58509 Lüdenscheid) beschlossen.

Im Auftrag der SV: Mark Staskiewicz (SchülerInnensprecher, Klassensprecher der Heilerziehungsklasse II, Mitglied des Kreisjugendausschuß der ÖTV – Märkischer Kreis/ Alle Funktionen dienen nur der Information).

Unterzeichnerliste für Einzelpersonen:

Hiermit Unterstützen ich die Resolution "*Für einen angemessenen Lohn (auch) während der Ausbildung*":

Name/Funktionen,	Anschrift,	Unterschrift
<small>(Angegebene Funktionen wie z.B. Gewerkschaftsfunktionen etc. dienen nur der Informationen)</small>		

Unterschriften einsenden an die Kontaktanschrift: Mark Staskiewicz, Beethovenstr. 20, 58566 Kierspe, Tel.: (02359) 7118 oder 0171-3612287, eMail: christa_st@web.de